

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 10. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 28. Sitzung

Finanzausschuss

17. WP - 18. Sitzung

Sozialausschuss

17. WP - 14. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Juni 2010, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 383 der SPD-Fraktion des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitböcker (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

i. V. von Anke Spoorendonk

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Serpil Midyatli (SPD)

Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)

Gerrit Koch (FDP)

Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Silke Hinrichsen (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

i. V. von Katja Rathje-Hoffmann

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Dr. Marret Bohn

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

4	Schleswig-Holsteinischer Landtag- 17. WP	- Bildungsausschuss -	10. Sitzung am 17. Juni 2010
		- Innen- und Rechtsausschuss -	28. Sitzung am 17. Juni 2010
		- Finanzausschuss -	18. Sitzung am 17. Juni 2010
		- Sozialausschuss -	14. Sitzung am 17. Juni 2010

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/610

(überwiesen am 16. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/957, 17/963, 17/964

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Herold, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 14:00 Uhr, übernimmt den Vorsitz und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/610

(überwiesen am 16. Juni 2010 an den **Bildungsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/957, 17/963, 17/964

Die Oppositionsfraktionen protestieren gegen das parlamentarische Verfahren und beantragen eine Anhörung der Betroffenen (neben den Kommunalen Landesverbänden die freien Träger und die Landeselternvertretung der Kindertagesstätten). Der Antrag auf Anhörung wird vom federführenden Bildungsausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW abgelehnt.

Auf eine Frage von Abg. Baasch erwidert M. Dr. Klug, eine Mehrbelastung für die Kommunen entstehe durch den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen nicht.

Abg. Fürter regt an, den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags um rechtliche Prüfung der Frage zu bitten, inwieweit den Kreisen die im Rahmen der eingegangenen Verpflichtungen entstehenden Personalkosten als „Konnexitätsfolgekosten“ zu erstatten seien (s. Umdruck 17/963), und die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf bis zum Vorliegen des Prüfergebnisses zurückzustellen.

Abg. Erdmann stellt kritisch fest, dass der Bildungsminister am 8. Juni 2010 noch nicht darüber informiert gewesen sei, dass die Änderung des Kita-Gesetzes bereits in der Juni-Tagung des Landtags in zweiter Lesung beschlossen werden solle.

Abg. Herdejürgen kritisiert im Namen der Oppositionsfraktionen, dass zwei Verbände von einer Fraktion und nicht vom Ausschuss angehört worden seien (Umdrucke 17/963 und 17/964), und fragt nach Kostenerstattungen im Rahmen der Sozialstaffel.

M Dr. Klug stellt klar, dass die Mittel, die die Kommunen damals zur Finanzierung der Sozialstaffel für das letzte Kindergartenjahr aufgewendet hätten, in die Kalkulation zur Beitragsfreiheit eingeflossen seien.

Abg. Baasch macht darauf aufmerksam, dass die Kommunen diese Mittel in die Verbesserung der Qualität der Kindertagesstätten investiert hätten.

Abg. Franzen begründet die geplante Verabschiedung der Gesetzesänderung, die für die Kommunen aufkommensneutral sei, in dieser Woche damit, dass man den Trägern der Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit geben müsse, rechtzeitig ihre Satzungen ändern zu können. Die Beitragsfreiheit habe nicht dazu geführt, dass mehr Kinder Kindertageseinrichtungen besucht hätten.

Abg. Hinrichsen hält es für unzumutbar, dass die Träger ihre Satzungen noch vor den Sommerferien ändern müssten, und thematisiert die Frage der Betriebskostenförderung.

M Dr. Klug teilt mit, die Landesregierung beabsichtige, im Doppelhaushalt 2011/12 die Kita-Grundfinanzierung um 10 Millionen auf 70 Millionen € jährlich zu erhöhen und in Zielvereinbarungen mit den Kommunalen Landesverbänden festzuschreiben, die Qualitätsstandards einzuhalten, bis 2013 ein neues, transparentes Verfahren zur Kita-Finanzierung zu entwickeln und ein größeres Maß an Einheitlichkeit bei der Sozialstaffel zu erreichen. Konnexitätsprobleme erwarte er nicht, weil man für das Kindergartenjahr 2009/10 eine Überkompensation zugunsten der Kommunen von etwa 9 Millionen € ermittelt habe (vgl. Umdruck 17/970).

Abg. Jansen bittet das Bildungsministerium, zur Kalkulation der Ausgleichszuweisungen des Landes für das Jahr 2010 und zu den Ergebnissen des Kostenmonitorings schriftlich Stellung zu nehmen (s. Umdruck 17/970). Eine fristgerechte Satzungsänderung sei für die meisten Träger kaum möglich. Die Abschaffung der Gebührenfreiheit gehe zulasten der Träger, der Kommunen und vor allem der Eltern.

M Dr. Klug entgegnet, nach Einschätzung des Bildungsministeriums sei es nach einer Beschlussfassung des Landtags in dieser Woche möglich, rechtzeitig die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen.

Abg. Dr. Dolgner beantragt - unterstützt von Abg. Jezewski -, die Kommunalen Landesverbände im Innen- und Rechtsausschuss anzuhören, insbesondere zu der in der Stellungnahme des Landkreistags angesprochenen Frage der „Konnexitätsfolgekosten“ (Umdruck 17/963).

Abg. Heinemann fragt, wie sich die Gesetzesänderung auf das Anmeldeverhalten der Eltern und den Umgang mit aufgebauten personellen und institutionellen Kapazitäten auswirken werde.

Auf weitere Fragen aus den Ausschüssen führt M Dr. Klug noch einmal aus, die Gelder, die die Kommunen für die Sozialstaffel aufgewendet hätten, seien in die Finanzierung der Beitragsfreiheit einberechnet. Das für Oktober 2009 durchgeführte Kostenmonitoring habe ergeben, dass die Landesmittel, die den Kreisen und kreisfreien Städten zum Ausgleich zugewiesen worden seien, die tatsächlichen Aufwendungen für die Beitragsfreiheit deutlich überstiegen, weil zum einen die Zahl der beitragsfrei gestellten Kinder und zum anderen die Höhe des vom Land auszugleichenden durchschnittlichen Netto-Elternbeitrags deutlich hinter den Annahmen zurückgeblieben seien (s. Umdruck 17/970).

Abg. Baasch möchte wissen, wie sich die Gesetzesänderung auf die Kindergartenkinderbeziehungswise Versorgungsquote, den Umfang der nachgefragten Betreuungszeiten und die Qualität der Kindertagesstätten auswirke.

M Dr. Klug äußert, er bezweifle, dass im Zuge der Einführung der Beitragsfreiheit eine nennenswerte Erhöhung der Kapazitäten erfolgt sei, weil die Zahl der Kinder von Januar bis Oktober 2009 um über 200 zurückgegangen sei. Dem Ministerium lägen zur Abmeldung von Kindergartenkindern keine Erkenntnisse vor und seien vor ungefähr einer Woche auch keine Hinweise vonseiten der Wohlfahrtsverbände oder Träger mitgeteilt worden. Er gehe davon aus, dass eine Umstellung der Entgeltordnungen der Träger termingerecht möglich sei.

Abg. Fürter beantragt, dass der Bildungsausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss den Städteverband und den Landkreistag am 18. Juni 2010 um 9 Uhr anhören. - Dieser Antrag wird vom Innen- und Rechtsausschuss mit Mehrheit angenommen und vom Bildungsausschuss mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Abg. Klahn begründet die Einbringung des Gesetzentwurfs ausschließlich mit der Finanzlage des Landes und hält es für legitim, dass eine Fraktion Stellungnahmen von Verbänden einhole.

Abg. Wengler weist darauf hin, dass auch in der Vergangenheit Gesetze in einer Tagung in erster und zweiter Lesung verabschiedet worden seien und man in der Sache zum alten Verfahren, nämlich der Gebührenerhebung, zurückkehre.

Abg. Herdejürgen beantragt, dass sich der Finanzausschuss der vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Anhörung anschließe. Sie möchte wissen, in welcher Höhe die Kreise damals Mittel aus der Sozialstaffel in das System gegeben hätten und welche finanziellen Folgen sich für das Verhältnis zwischen Land und Kommunen durch den Gesetzentwurf ergäben.

Abg. Baasch beantragt, dass der Sozialausschuss am Freitagmorgen die Landeselternvertretung der Kindertagesstätten, die Wohlfahrtsverbände und den Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein anhört.

M Dr. Klug teilt mit, die Landesregierung plane, über das Sparpaket insgesamt mit den Kommunalen Landesverbänden Gespräche zu führen.

Der Finanzausschuss lehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Antrag von Abg. Herdejürgen auf Durchführung einer Anhörung ebenso ab wie deren Antrag, sich der vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Anhörung Freitagmorgen anzuschließen. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt er dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 17/610 zu empfehlen.

Der Sozialausschuss lehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Antrag von Abg. Baasch auf Durchführung einer Anhörung Freitagmorgen ab. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt er dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 17/610 zu empfehlen.

Der federführende Bildungsausschuss lehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Antrag von Abg. Dr. Höppner ab, die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zurückzustellen, bis der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss sein Votum abgegeben hat. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfiehlt er dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 17/610 unverändert anzunehmen.

Die Bildungsausschussvorsitzende, Abg. Herold, schließt die gemeinsame Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Susanne Herold
Susanne Herold
Vorsitzende Bildungsausschuss

gez. Thomas Rother
Thomas Rother
Vorsitzender Innen- und Rechtsausschuss

gez. Christopher Vogt
Christopher Vogt
Vorsitzender Sozialausschuss

gez. Peter Sönnichsen
Peter Sönnichsen
Vorsitzender Finanzausschuss

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer